Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 90. **Donnerstag** den 19. Februar 1903. **97. Jahrgang.**

Das englische Parlament.

Wenn das englische Volk heute, wo die Wiedereröffnung des Parlaments bevorsteht, auf den Beginn der Unterhaustagung vor einem Jahre zurückblickt, hätte es, wenn auch „nicht alle Blütenträume gereift sind", im großen ganzen und rein äußerlich genommen, doch Ursache, recht zufrieden zu sein. Freilich, die südafrikanische Frage als solche ist heute ebenso wenig gelöst wie bei Beginn des Krieges. Aber man darf doch nicht vergessen, daß der Krieg eine Zeit lang eine Wendung nahm, die nicht nur einen Mißerfolg hinsichtlich Transvaals, sondern einen Zusammenbruch des ganzen Kolonialreiches befürchten ließ. Noch vor einem Jahre forderte der Feldzug ungezählte Opfer an Menschenleben und sein Ende schien nach den letzten Siegen Delareys und De Wets ferner als je. Wer aber glaubte, daß mit der Aufhebung des Kriegsdruckes auch die finstere Stirn des Volkes sich wieder glätten würde, hat sich getäuscht. Die Nation ist nur in eine neue Phase ihrer kritischen Entwickelung getreten. Als das Ziel dieser Bahn zaubert der Hexenmeister Chamberlain seinen Landsleuten das einige Kaiserreich in allen fünf Weltteilen vor: Dann würde das angelsächsische Imperium sich mit Zollschranken und Einwanderungserschwerungen und Fremdenverfolgungen gegen alle anderen Völker abschließen, sich für allen ihm entgegengebrachten Haß rächen und ganz unter sich einer immer größeren Vervollkommnung und der Seligkeit auf Erden entgegenträumen. Zweifler behaupten freilich, daß diese schönen Träume die Fieberphantasien eines Schwerkranken seien und daß es mit England rasch bergab ginge. Das mag übertrieben sein, sicher ist aber, daß das Volk in Handel und industrieller Entwickelung seinen Höhepunkt erreicht hat und daß es zum Stillstand gekommen ist, wo seine Nebenbuhler mit Riesenschritten vorwärts eilen. Diese Stagnation ist daher gleichbedeutend mit beginnendem Verfall. Jetzt zeigt es sich, wie gefährlich es war, den ganzen Schwerpunkt des nationalen Lebens nach der einseitig wirtschaftlichen Richtung zu verlegen; denn in unseren Tagen, wo die Vorherrschaft Englands in Handel und Gewerbefleiß in die Brüche zu gehen droht, besinnt man sich, daß das Glück und die Arbeit einer Nation auch noch wo anders liegen können, als in den Comptoirs, den Fabriken, Speichern und Ladeplätzen und daß das englische Volk zwar Reichtümer an Gold in Hülle und Fülle gesammelt, daß dabei aber seine anderen Schatzkammern für alle Werte, die nicht von dieser Welt, trostlos leer geblieben sind. Diese Erkenntnis der inneren Armut ist eine der hauptsächlichsten Quellen der nationalen Verstimmung. In ihr versinkt England mehr und mehr, wenn nicht der Retter kommt, der die guten Geister dieses großen und hochbegabten Volkes zu neuem Leben weckt und der nationalen Erziehung eine neue, reinere und bessere Entwickelungsbahn zeigt, als es die Irrwege eines überspannten Chauvinismus sind. Wann wird dieser Erwecker kommen?

Einstweilen sucht man in Kleinarbeit den Volksunterricht zu bessern, wo die Kraft und der Wille zu einer Reformation an Haupt und Gliedern fehlt. Das Ministerium will auf der Grundlage weiter bauen, auf der es bereits das Schulgesetz der vergangenen Tagung aufgeführt. Man wird die Vorlagen der Regierung abwarten müssen; wenn aber die Nachlese an Unterrichtsgesetzen ebenso ärmlich ist, wie das Hauptstück, so wird England noch lange nicht den Tag kommen sehen, wo es sich mit der Volksbildung der großen Festlandsvölker messen kann. Wie auf vielen anderen Gebieten, nährt sich hier England noch immer von den Früchten eines falschen Ruhmes, den es mit der Hülfe seiner blinden Bewunderer in Europa um sich hat verbreiten können. Das Land, das sich noch immer mit dem Dünkel umgibt, am meisten für die Entwickelung der unteren Volksschichten zu tun, ist in Wahrheit am weitesten zurückgeblieben auf diesem wichtigsten Gebiete der staatlichen Fürsorge. Will man aber die nötige Reform im Unterrichte nur mit Zugeständnissen an die Hochkirche und den römischen Klerikalismus erreichen, wie bei dem großen Schulgesetze, wird man die wahre Volksbildung nicht fördern, sondern nur die Opposition, die jetzt noch in vielen Parteien zerrissen und schwach ist, zu einem gefährlichen Block gegen die konservativ-unionistische Regierung zusammenkitten. Die nächsten Wochen werden ja Aufklärung über die neuen Entwürfe bringen.

Die zweite Sorge der englischen Staatsmänner bleibt die Regulierung der Finanzen, die durch den Krieg in eine Verwirrung geraten sind, wie sie das reichste Volk der Erde in seiner Geschichte kaum kennen gelernt hat. Der Finanzminister Ritchie hat schon vor einiger Zeit ein recht trübes Bild von dem nationalen Budget entworfen. Inzwischen wird sich die Lage durch die recht unerfreulichen Nachrichten aus Südafrika nicht rosiger gefärbt haben. Der unerträgliche Steuerdruck wird weiter auf England lasten bleiben und auch die dreifach verhaßten, allen Traditionen ins Gesicht schlagenden Ein- und Ausfuhrzölle werden wohl vor der Hand noch bestehen bleiben. Das murrende und immer ungeduldiger werdende Volk wurde immer noch damit hingehalten, daß Chamberlain durch seine Reise nach dem Kap die Dinge in Südafrika freundlicher gestalten und vor allem eine starke finanzielle Beihülfe zu den Kriegskosten von den Mineninteressenten erreichen werde. Auch dieser Traum ist zerronnen. Das Fiasko der mit so viel Reklamefanfaren angekündigten Rundreise des Kolonialministers ist nicht mehr zu verschleiern. Es ist ihm nicht gelungen, die Versöhnung zu fördern; im Gegenteil, gerade in der alten Kapkolonie hat das unbegreifliche Versagen der Amnestie und das brüske Auftreten Chamberlains einen Zustand der Gärung hervorgerufen, den man mit De Wet als offene Rebellion, wenn auch ohne Waffen bezeichnen kann. Die Arbeiterfrage hat der Birminghamer Tausendkünstler auch nicht lösen können, da man Chinesen nicht einführen will und da die Schwarzen unverschämte Löhne fordern, sofern sie überhaupt zur Minenarbeit geneigt sind. Die englische Einwanderung hat ganz versagt, da der Brite sich weder als Ackerbaukolonist, noch als Arbeiter in Südafrika bewährt hat. Das Afrikanderelement wird mehr und mehr die Herrschaft an sich reißen, und an den Minengesellschaften hat Großbritannien keine festenfeste Stütze. Diese internationale Kapitalisten- und Abenteurergesellschaft besteht überwiegend aus Männern, die keinen britischen Namen tragen. Diese Minenbarone wollen nur in drei Raten zusammen dreißig Millionen hergeben, während die englischen Staatsmänner immer auf eine sichere Beisteuer von hundert Millionen Pfund gerechnet hatten. Auch diese dritte Aufgabe, die Finanzleute der Kolonien stärker heranzuziehen, hat Chamberlain nicht gelöst. Wenn dieser „heimliche Kaiser" Englands zurückkehrt, wird er zwar, als ein Mann, der eine große Reise getan, vieles den ehrenwerten Mitgliedern des Parlaments erzählen können. Viel Veranlassung zum Lachen werden die Zuhörer aber nicht haben. Denn Herr Chamberlain kommt mit leeren Taschen und wird sogar noch eine erhöhte Anleihe für die eroberten Provinzen verlangen müssen, denn die Verwüstungen, die von den englischen Heldenscharen in Südafrika angerichtet sind, sollen sogar den Mann aus Birmingham, der sentimentalen Regungen gewiß nicht zuneigt, mit Staunen und Entsetzen erfüllt haben. Um diese Kulturtaten des britischen Imperialismus einigermaßen wieder gut zu machen, wird das Parlament abermals in seine Börse greifen müssen.

Die Tagung wird aber noch tiefer sich in unerfreuliche Finanzfragen einlassen müssen, denn die Regelung der irischen Landfrage kostet schweres Geld. Ob nun die Vorlage des irischen Staatssekretärs, des Herrn Wyndham, Gesetz wird, oder ob man das Abkommen der irischen Pächter mit den Landlords zu Grunde legt, immer wird sich die ganze Frage um den finanziellen Punkt der Ablösung der Gerechtsame der Großgrundbesitzer gegen die Pächter beziehen. Die Iren will man versöhnen, koste es, was es wolle. Ob die Ablösung nun einen einmaligen Kredit von 4 Milliarden kosten, oder einen jährlichen Beitrag von etwa 130—140 Millionen erfordern wird, ist bestritten. Jedenfalls wird der vielberufene „Mann auf der Straße" ein langes Gesicht machen, wenn man ihm auch diese neue Rechnung für die Auslagen der hochweisen Regierungspolitik präsentiert.

Im übrigen wird das Kabinett so weiter fortwursteln. Die konservative, imperialistische Strömung im Lande hält trotzdem und alledem noch an; Herr Balfour ist nicht ein Mann der großen Initiative und zum Glück sind die Liberalen so uneins und Herr Rosebery scheint so wenig Lust zu haben, aus der Rolle des „kommenden Mannes" in die des herrschenden einzurücken, daß das Ministerium wohl durch Wind, Wellen und Klippen sein Schifflein bis zu den Tagen hindurchsteuern wird, wo das englische Volk seine Vertreter von neuem zu wählen hat. Vor der Hand sind keine Anzeichen eines politischen Wetterwechsels zu entdecken.

F. W.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 18. Februar. (Der Trierer Schulkampf und die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes.) Der unerhörte Mißbrauch der Kanzel, der in Trier auf Betreiben des Bischofs Korum von der katholischen Geistlichkeit getrieben worden ist, hat als Antwort auf die Bereitwilligkeit des Grafen Bülow, § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben, noch eine besondere Bedeutung. Wenn im Hinblick auf ein solches Entgegenkommen gegenüber klerikalen Wünschen der Klerikalismus vor der gesamten Oeffentlichkeit einen Schulkampf vom Zaune bricht, dann würde es die vollständige Bankrotterklärung der preußischen Staatsgewalt vor priesterlicher Herrschsucht bedeuten, falls die preußische Staatsregierung die Hände in den Schoß legte und auf die Anwendung der Mittel verzichtete, die § 130a des Str.-G.-B. ihr zur Wahrung der Staatsautorität in die Hand gibt. Wie aber auch die Entscheidung der preußischen Staatsregierung ausfallen mag: für die nichtpreußischen Bundesstaaten hat die Trierer klerikale Kriegserklärung die Bedeutung eines Fanals, das den gefährlichen Weg der Berücksichtigung klerikaler Wünsche blitzartig erleuchtet. Je größer die Herausforderung ist, mit welcher der Klerikalismus das wohlwollende Entgegenkommen der preußischen Staatsregierung gelohnt hat, um so nachdrücklicher müssen die nichtpreußischen Bundesstaaten jeden Vorschlag bekämpfen, der einerseits der Befestigung des klerikalen Geistes dient, anderseits dem klerikalen Uebermute immer neue und immer steigende Anmaßungen entlockt. Uebt die Trierer Kriegserklärung in dieser Beziehung auch nur einen Teil der Wirkung, die sie üben müßte, dann erweist sie sich als eine „Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute schafft".

ℱ. **Berlin**, 18. Februar. (Zur Beschlußunfähigkeit des Reichstags.) Die klerikale „Rheinische Volksstimme" druckt zustimmend den Artikel eines Berliner Blattes ab, das die Ansicht vertritt, die fortlaufende Beschlußunfähigkeit des Reichstags werde die ohnehin nicht überreiche Achtung, die das „hohe Haus" genieße, noch weiter herabmindern. Zur selben Zeit veröffentlicht das führende bayerische Zentrumsorgan einen Artikel, der feststellt, was man von den aufzustellenden Kandidaten verlangen müsse. Nach der Ansicht des Blattes müßten sich die Kandidaten verpflichten, erstens während des Wahlkampfes selbst energisch in die Agitation einzugreifen, und zweitens während der Legislaturperiode alljährlich vier bis sechs Mal ihren Wählern Rechenschaft zu geben. Davon, daß die Kandidaten sich verpflichten müßten, auch im Reichstage ihre Schuldigkeit zu tun, sagt das bayerische Blatt kein Wort. Und doch scheint uns diese Verpflichtung noch wichtiger zu sein, als die Aufgabe, alljährlich ein halbes Dutzend Mal den Wählern Rechenschaft zu legen. Wir meinen, daß gerade die bayerische Zentrumspartei allen Anlaß hätte, ihre Kandidaten dazu zu verpflichten, ihr Mandat auch wirklich auszuüben. Auch wir sind der Ansicht, daß die Gewährung von Diäten sehr bedeutungsvoll für die Präsenz im Reichstage sein würde, aber wir halten es für mindestens ebenso wichtig, wenn die Wähler sich vor der Wahl von ihrem Kandidaten feste Zusagen hinsichtlich ihrer Pflichterfüllung machen lassen.

⊙ **Berlin**, 18. Februar. (Telegramm.) Gestern nachmittag fuhren der Kaiser und die Kaiserin bei der Herzogin von Albany anläßlich ihres Geburtstages vor und unternahmen darauf einen Spaziergang im Tiergarten. — Heute morgen besuchte der Kaiser den Reichskanzler Grafen v. Bülow und den großbritannischen Botschafter Sir Frank Lascelles und hörte darauf im Schlosse die Vorträge des Kultusministers D. Studt, des Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben und des Geh. Baurats Dr. Meydenbauer. Zur Mittagstafel ist der österreichische Oberst Graf v. Zedtwitz geladen.

— Die „Deutsche Tagesztg." beteuert, daß Bitters Rücktritt den Bund der Landwirte kalt lasse: „Dr. von Bitter war alles andere, nur nicht der unsere, und wir täuschen uns wohl in der Vermutung nicht, daß auch sein Nachfolger nicht der unsere sein werde". Dann heißt es weiter:

„Wenn sein Nachfolger wirkliche und bleibende Erfolge erzielen, wenn er sich nicht wie sein Vorgänger in eine Sackgasse verlieren, wenn er die Einigkeit der Deutschen herstellen und erhalten will, dann muß er die unbedingt notwendige Rücksicht auf die machtvolle agrarische Bewegung nehmen, dann muß er vor allem denjenigen Elementen wehren, welche eine Nebenregierung in der Provinz aufrichten wollen, und über die Vertreter der Landwirtschaft als über eine quantité négligeable hinweggehen zu können meinen. Vor allen Dingen muß aber der erste Beamte gerade in der Provinz Posen ein Mann im eigentlichsten Sinne des Wortes sein, der ruhig und konsequent seinen Weg geht, der seine Ueberzeugungen nicht modelt und wandelt, sondern in ihnen fest wurzelt. Ob solche Beamtentypen heute möglich seien, wird von manchen Leuten bezweifelt. Wir hoffen's noch im Interesse der Provinz und des Königreichs."

Mit der Klage über die „Nebenregierung" erreicht die „Tageszeitg." wirklich den Gipfelpunkt ihrer Darstellungskunst.

— Ueber den in der „Germania" ausgestreckten Fühler über die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages ist noch nachzutragen: Um die übermäßige Länge der Reden im Reichstage zu beseitigen und obstruktionistische Dauerreden unmöglich zu machen, wird in der „Germania" aus „parlamentarischen Kreisen" der Vorschlag gemacht, den Weg zu beschreiten, den die Geschäftsordnung des italienischen Parlaments in ihrem § 87 vorsieht. Der Grundgedanke dieser Bestimmung, den sonstigen Vorschriften der Geschäftsordnung des deutschen Reichstages angepaßt, würde nach diesem Vorschlage etwa in folgender Form zu fassen und als dritter Absatz dem § 45 der Geschäftsordnung anzufügen sein: „Vor dem Eintritt in die Diskussion eines Antrags, einer Gesetzesvorlage, eines Amendements oder bestimmten Abschnitts (Artikels) derselben kann der Reichstag auf unterschriftlich von 30 Mitgliedern unterstützten Antrag das Höchstmaß an Zeit bestimmen, für die jedem einzelnen Redner zu diesem Gegenstand das Wort erteilt werden soll. Dieser Antrag ist präjudiziell und geht allen anderen Vorschlägen und Wortmeldungen vor. Nachdem ein Redner für und ein Redner gegen denselben, jedoch ein jeder nicht länger als höchstens 10 Minuten gehört worden, erfolgt darüber sofort der Beschluß der Versammlung durch Aufstehen und Sitzenbleiben. Eine Abänderung dieses Beschlusses und eine Wiederholung des Antrags sind im Laufe derselben Diskussion unzulässig. Das festgesetzte Zeitmaß gilt dann auch für die während der Diskussion später gestellten Anträge auf motivierte oder einfache Tagesordnung. (§ 49 und 53.)"

— Im Reichstagswahlkreis Frankfurt-Lebus ist, ohne daß der bisherige freikonservative Vertreter Haake zurückgetreten wäre, bekanntlich als konservativ-agrarischer Kandidat der Landtagsabg. Felisch aufgestellt worden. Es ist nicht uninteressant, daß die „Post" gegen diese Kandidatur protestiert, weil der Wahlaufruf für Felisch auch von dem Regierungspräsidenten mit seinem Amtscharakter unterschrieben worden ist. Also das erste behördliche Eingreifen zu Gunsten einer agrarisch-konservativen Kandidatur, und zwar gegen einen Freikonservativen! Das ist der Humor der Sache. Nun kann sich bald zeigen, wie die Regierung über einen solchen Fall denkt.

⊙ **Bremen**, 18. Februar. (Telegramm.) Die Kommission der Verladungsarbeiter in Bremerhaven erschien heute vormittag vor der Direktion des „Norddeutschen Lloyd" und erbat sich, dafür einzutreten, daß die Arbeit sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werde, wenn der entlassene Arbeiter Krimmseg bis zur gerichtlichen Entscheidung seiner Differenz mit dem Vormann Riesteter wieder in Dienst gestellt werde. Da der Vorstand des „Norddeutschen Lloyd" diesen Wunsch als billig anerkannte und die Wiederanstellung des Krimmseg demgemäß anordnete, wurde seitens der Kommission die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zugesichert und der Streik damit für beendet erklärt.

r. **Gera**, 17. Februar. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Vorlage des Ministeriums auf Gewährung eines verlorenen Zuschusses zu einem Bahnbau Gera-Münchenbernsdorf in Höhe von 100 000 ℳ nach lebhafter Debatte einstimmig dem Finanz-Ausschuß zur Beratung überwiesen. Die anfängliche Widersetzung der oberländischen Abgeordneten gegen die Vorlage wurde dadurch beseitigt, daß vom Regierungstische aus bemerkt wurde, daß der Eisenbahnfonds des Landes 720 000 ℳ betrage — 120 000 ℳ mehr, als er von Hause aus betragen habe, und daß selbst nach Bewilligung der verlangten 100 000 ℳ die ursprüngliche Höhe des Fonds von 600 000 ℳ nicht gekürzt werde. Die unterländischen Abgeordneten sagten übrigens mit Freuden zu, für Bahnprojekte des Oberlandes jederzeit eintreten zu wollen. Der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer für das Fürstentum Reuß j. L. wurde mit allen gegen die fünf sozialdemokratischen Stimmen nach längerer Aussprache abgelehnt. Vom Regierungstische aus wurde besonders darauf hingewiesen, daß schon aus formellen Gründen die Bundesstaaten nicht in der Lage seien, Arbeiterkammern zu errichten, da die gewerblichen Fragen dem Reiche vorbehalten seien. Aber auch materiell sprächen viele Bedenken gegen den Antrag. Die Arbeiterkammern seien zugestandenermaßen einseitig Interessenvertretungen, durch die nicht der soziale Friede gefördert, wohl aber der Klassenkampf geschürt werde. Die Regierung werde dafür sorgen, daß der Treffen sozialpolitischen Oeles, mit dem heute ein Jeder gesalbt sei, und der schon zu einem vollen Becher angewachsen sei, nicht zu einer Flut werde, die alles hinwegschwemme.

W. **Stuttgart**, 17. Februar. Die Abgeordnetenkammer debattierte heute noch 5 Stunden lang über das Koalitionsrecht. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag, der das Verbot der Koalition unter Strafe gestellt sehen will, abgelehnt, dagegen ein von der Volkspartei gestellter Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, über den Schutz des Koalitionsrechts, wie es in der Gewerbeordnung und in dem württembergischen Vereinsgesetz gewährleistet ist, zu wachen. Wegen Erkrankung des Finanzministers muß die Generaldebatte zum Etat verschoben werden.

⊙ **Stuttgart**, 18. Februar. (Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten vertagte sich auf unbestimmte Zeit, weil wegen Erkrankung des Finanzministers die Generaldebatte über den neuen Etat verschoben werden mußte.

* **Aus München**, 17. Februar, schreibt uns Herr Dr. Josef Müller, er habe durchaus nicht den Entschluß geäußert, die von ihm herausgegebene reformkatholische Zeitschrift „Renaissance" eingehen zu lassen, wie das kürzlich in einer Notiz im „Leipz. Tagebl." angegeben worden war. Daß wir selbst einen solchen Entschluß des Herrn Dr. Müller als bedauerlich ansehen würden, ging schon aus der ganzen Fassung der betr. Notiz hervor.

Oesterreich-Ungarn.

Tschechisierungsversuche.

ß. **Reichenberg**, 18. Februar. Die Errichtung einer Finanzbezirksdirektion, die ihren Sitz in Reichenberg haben soll, ist von den Deutschen seit geraumer Zeit angestrebt worden. Von der Finanzverwaltung ist auch anerkannt, daß die Finanzbezirksdirektion in Leitmeritz zu umfangreich ist, so daß eine Teilung des Bezirks im Interesse einer raschen Abwickelung der Amtsgeschäfte als sehr geboten erscheint. Es wurden nun die erforderlichen Schritte eingeleitet, um diese Behörde zu Anfang des Jahres 1902 in Tätigkeit treten zu lassen, welche sich über die Bezirkshauptmannschaften Reichenberg, Gablonz, Friedland, Gabel und Rumburg erstrecken sollte. Die Finanzbezirksdirektion sollte nach Vorschlägen des Ministerpräsidenten Dr. v. Körber als deutsche (einsprachige) Behörde organisiert werden. Die Errichtung des geplanten Instituts ist aber gescheitert, da, wie verlautet, der tschechische Landsmannminister damit nicht einverstanden ist und für eine zweisprachige Behörde eintritt, indem dem neuen Bezirke die Bezirkshauptmannschaften Münchengrätz, Semil und Turnau angegliedert werden sollten. Das Festhalten der Tschechen an der Zweisprachigkeit zeigt, daß die Tschechisierung aller staatlichen Behörden angestrebt wird.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Februar. (Telegramm.) „Pet. Républ." nennt den Investiturstreit ein erfreuliches Ereignis, da er ohne besondere Anstrengungen und Erschütterungen zur Lösung des Konkordats führen werde, wenn Rom nicht nachgebe. (Voss. Ztg.)

Orient.

* **Konstantinopel**, 17. Februar. (Telegramm.) 28 albanesische Chefs und Notabeln des Gebietes Ipek und Djakowa schlossen eine Vereinigung gegen die Reformen